

## Antrag

der Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P.

## EntschlieÙung

zur Regierungserklärung vom 7. Dezember 1989  
zur Deutschlandpolitik und zur Rolle des Landes im Rahmen der  
deutschen und europäischen Entwicklung

### Konkrete Unterstützung des Freiheitsstrebens der Menschen in der DDR durch Rheinland-Pfalz

- I. Der rheinland-pfälzische Landtag begrüÙt, daß sich die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik in einer friedlichen und gewaltfreien Revolution Freiheitsrechte selbst erkämpfen.  
Es gibt für die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik jetzt die Freiheit zu reden, zu demonstrieren, zu reisen und auszureisen und die Freiheit, politische Vereinigungen zu gründen.

Errungene Freiheitsrechte müssen auf Dauer gesichert werden; volle demokratische Rechte müssen noch errungen werden.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der Freiheitsrechte und die Schaffung eines demokratischen Staatswesens kann nur von den Bürgerinnen und Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen werden.

Der Landtag Rheinland-Pfalz würdigt und unterstützt das Freiheitsstreben und den Willen der Menschen in der DDR nach Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, im Rahmen des von der Bundesregierung vorgelegten 10-Punkte-Programms ein eigenes Konzept für Hilfe zur Selbsthilfe der Menschen in der DDR zu entwickeln.

Dieses Konzept muß zur Verwirklichung folgender Ziele beitragen:

1. Erreichen und Sicherung der Freiheit der Menschen im anderen Teil Deutschlands durch Selbstbestimmung.
2. Erreichen und Sicherung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Wohlfahrt für die Menschen in der DDR.
3. Stärkung des Vertrauens der Menschen in eine freiheitlich demokratische Entwicklung und in die Fähigkeit, die eigene Zukunft in ihrer Heimat gestalten zu können und damit die Notwendigkeit einer Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland nicht entstehen zu lassen.
4. Verzicht auf jegliche Bevormundung der Menschen in der DDR auf ihrem Weg zu Freiheit und Selbstbestimmung.

- II. Zur Förderung der demokratischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik hält der Landtag den Ausbau der politischen, kulturellen, finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen für notwendig. Dabei wird eine Partnerschaft des Landes mit einer Region in der Deutschen Demokratischen Republik angestrebt.

Konkrete Maßnahmen zum Ausbau dieser Beziehungen sollen insbesondere sein:

1. – Schulpartnerschaften und Jugend- und Schüleraustausch,
  - Zusammenarbeit und Austausch der Arbeiten von Theatern, Museen und Orchestern und Intensivierung sportlicher Begegnungen,
  - Zusammenarbeit und Austausch der Arbeiten der verschiedenen Hochschulen,
  - Erweiterung und Intensivierung von Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die dazu bisher eingeplanten Landesmittel werden im Haushalt 1990/1991 deutlich verstärkt.

2. – Bereitstellung von Landesmitteln für ein Projekt der Dorferneuerung bzw. der Stadtanierung auch unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes und der Verbesserung der Wohnungssituation,
  - Bereitstellung von Landesbürgschaften für private wirtschaftliche Initiativen rheinland-pfälzischer Unternehmen,
  - Abbau von Handelsbeschränkungen (Cocom-Liste),
  - Hilfen zur Zusammenarbeit zwischen rheinland-pfälzischen Unternehmen und Unternehmensvertretern aus der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Ziel der Vereinbarung konkreter Hilfsmaßnahmen,
  - Austausch von Auszubildenden und Berufstätigen sowie Hilfe zur Zusammenarbeit von Arbeitnehmern.

III. Der Landtag stellt fest:

Der Weg zur deutschen Einheit ist eng mit dem Prozeß der europäischen Integration verknüpft und abhängig davon, wie die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen. Innerhalb des europäischen Einigungsprozesses und neben den dazu erforderlichen deutschen Schritten muß klargestellt sein, daß Grenzen unverletzlich sind und insbesondere weder heute noch in Zukunft eine Änderung der Grenze Polens angestrebt wird.

- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Voraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Integration von Übersiedlern aus der Deutschen Demokratischen Republik aber auch von Aussiedlern aus Osteuropa sicherzustellen (insbesondere in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Wohnungen, Arbeitsplätze); dabei ist den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung gleichermaßen Rechnung zu tragen.
- V. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für weitere konkrete Maßnahmen der Abrüstung einzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept für den Umbau der Wirtschaftsstruktur der Teile des Landes vorzulegen, die heute noch von der militärischen Präsenz der alliierten Streitkräfte geprägt sind.

Für die Fraktion  
der CDU:  
Wilhelm

Für die Fraktion  
der SPD:  
Scharping

Für die Fraktion  
der F.D.P.:  
Dieckvoß